

Hellmut Wollmann

**Öffentliche Dienstleistungen zwischen munizipalem und privatem Sektor –**

**»Comeback« der Kommunen?**

In:

**Martin Kronauer/ Walter Siebel (Hrsg.) 2013**

**Polarisierte Städte**

**Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik**

**Campus: Frankfurt, S. 242-271**

## 1. Einleitung – Fragestellung

Im nachstehenden Aufsatz geht es um öffentliche Dienstleistungen, die in Deutschland als »Daseinsvorsorge«, in Großbritannien als *public utilities*, in Frankreich als *services publics*, in Italien als *servizi pubblici* und in der Terminologie der Europäischen Union (EU) als »Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse« bezeichnet werden (vgl. Wollmann/Marcou 2010a). Sie umfassen insbesondere die sogenannten infrastrukturellen Dienstleistungen, also Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung und öffentlichen Nahverkehr.

Im groben historischen Überblick sind in der vorrangigen Trägerschaft der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen mehrere Phasen zu erkennen.

Stand im 19. Jahrhundert zunächst die Verantwortung und Trägerschaft der Kommunen (mit Ansätzen zu einer »lokalen Sozialstaatlichkeit«) im Vordergrund, folgte dem mit der Entfaltung des nationalen Wohlfahrtsstaats eine Dominanz des Öffentlichen (und in ihm des Municipalen) Sektors. Seit den 1980er Jahren ist zunehmend der Private Sektor durch Übertragung (*outsourcing*) der Dienstleistungen an externe Träger, sowie durch »materielle Privatisierung« bestimmend geworden.

In letzter Zeit zeichnet sich ab, dass die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen wieder zunehmend insbesondere von den Kommunen und ihren Betrieben übernommen wird, dass also, bildhaft gesprochen, das »Pendel zurückschwingt« und die Kommunen ein Comeback ihrer historischen Rolle eines für seine »örtliche Gemeinschaft« engagierten sozialpolitischen Akteurs erleben.

Der Aufsatz zielt darauf, diese Entwicklung (am Beispiel der Länder Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien) in den Blick zu nehmen und insbesondere der Frage nachzugehen, ob, in welchen Feldern, in welchem Umfang und aus welchen Gründen eine solche »Remunicipalisierung« zu beobachten und zu belegen ist.

## 2. Konzeptioneller Rahmen

Die hier angesprochene Entwicklung kann im Spannungsbogen zweier institutioneller Logiken begriffen werden.

## 2.1. Organisationslogiken

Zum einen können hinsichtlich der *Trägerschaft* der Erbringung öffentlicher Leistungen drei institutionelle Varianten unterschieden werden (vgl. Grossi u.a. 2010, zuletzt Kuhlmann/Wollmann 2013: 166 ff. mit Nachweisen).

- *Öffentliche (staatliche/kommunale) Trägerschaft*. Innerhalb ihrer kann wiederum danach unterschieden werden, ob die Aufgaben und Leistungen vom Staat/den Kommunen und ihrem Personal unmittelbar (*in house, en régie*) oder von Betrieben erbracht werden, die zwar in öffentlichem (staatlichen/kommunalen) Eigentum stehen, jedoch (operativ und in der Regel auch finanziell) eigenständig agieren. In letzterem Falle wird auch von *formeller oder Organisations-Privatisierung* und in der internationalen Diskussion von *corporatisation* gesprochen. (vgl. Grossi u.a. 2010).
- *Aufgabenerledigung durch externe Träger*, denen die Erledigung der Aufgabe – meist aufgrund eines zeitlich begrenzten Vertrags (Konzession) – übertragen werden (englisch: *outsourcing*, französisch: *délégation, gestion déléguée*). Als Träger kommen in erster Linie privatwirtschaftliche Unternehmen, aber auch gemeinnützige Organisationen (»Dritter Sektor«) in Betracht. Diese institutionelle Variante wird auch als *funktionale Privatisierung* (oder mit Blick auf Frankreich als »French-style privatization«, vgl. Finger/Allouche 2002<sup>1</sup>) bezeichnet.
- *Trägerschaft des privaten Sektors* als Ergebnis dessen, dass ein Eigentumswechsel vom öffentlichen (staatlichen oder kommunalen) Sektor zum privaten Sektor stattfindet. Man spricht von *materieller Privatisierung (asset privatization)*. Im Falle eines nur partiellen Eigentumswechsels und damit eines Nebeneinanders von staatlicher/kommunaler und privater Eigentümerschaft entstehen »gemischtwirtschaftliche« Unternehmen (*mixed economy, sociétés d' économie mixte locales, SEML*). Auch die – nach angelsächsischen Vorbild und Sprachgebrauch – *public private partnerships*, PPP's genannten Akteurskonstellationen sind diesem Typus zuzurechnen.

---

<sup>1</sup> Zit. nach Citroni 2010: 208

- Vor diesem Hintergrund können als *Rekommunalisierung (remunicipalization)* insbesondere die Rückübernahme von »funktional privatisierten« (»outsourced«) Aufgaben in kommunale Trägerschaft sowie der Rückerwerb durch die Kommunen von »materiell privatisierten« Vermögensteilen oder -anteilen zur Erledigung öffentlicher/kommunaler Leistungen begriffen werden (zu diesen und anderen Varianten vgl. etwa Libbe 2012, 2013).

## 2.2. Handlungslogiken

Zum andern können hinsichtlich der die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bestimmenden *Handlungslogiken* zwei »Rationalitäten« unterschieden werden.

Die *ökonomische Rationalität* kreist um Kosteneffizienz und Gewinnerzielung (-maximierung), während soziale, ökologische usw. Kosten tendenziell ignoriert (oder »externalisiert«) werden. Die *ökonomische Rationalität* ist (idealtypisch) für privatwirtschaftliche Unternehmen handlungsleitend, die (vielfach mono-funktional) auf die Produktion/Erbringung einer bestimmten Leistung in einem (im Prinzip räumlich »grenzenlosen«) privatkapitalistischen Markt zielen.

Demgegenüber ist die *politische Rationalität* darauf gerichtet, ein weites Spektrum von sozialen, ökologischen usw. Zielen – gegebenenfalls unter Hintanstellung ökonomischer Ziele – zu erreichen. Die *politische Rationalität* ist (idealtypisch) politischen Gebietskörperschaften eigentümlich, deren demokratisch gewählte Vertretungsorgane (Parlament, Kommunalvertretung) das politische Mandat haben, über Inhalte und Verfahren der zu erbringenden (»multi-funktionalen«) Dienstleistungen nach Maßgabe des »öffentlichen Interesses« und »Gemeinwohls« zu entscheiden. Auf der kommunalen Ebene sind die gewählten Kommunalvertretungen (normativ) gehalten, sich in ihren einschlägigen Entscheidungen von der am »Gemeinwohl« der »örtlichen Gemeinschaft« orientierten *politischen Rationalität* leiten zu lassen.

### *3. Phasen der Organisations- und Handlungslogik in der Entwicklung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen*

Unter der hier diskutierten Fragestellung sind mehrere Phasen zu erkennen, die ungeachtet länder- und sektorspezifischer Unterschiede bezeichnende Gemeinsamkeiten und Gleichläufigkeiten aufweisen (zur Unterscheidung und Konzipierung von Phasen vgl. Millward 2005, Clifton u.a. 2011: 660, Wollmann/Marcou 2010a, b, Wollmann 2011, Röber 2009, vgl. auch Seckelmann 2008: 270ff.).

#### *3.1 Historisch frühes Engagement der Kommunen (»municipaler Sozialismus«)*

Seit der Frühphase der kapitalistischen Entwicklung und der von ihr ausgelösten Industrialisierung und Verstädterung sahen sich die rasch wachsenden Städte von Anfang an der Aufgabe gegenüber, durch den Bau und die Unterhaltung von Wasserleitungen, Kanalisation und Energiebetrieben zur Sicherheit und Versorgung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft beizutragen. Vorreiterin dieser Entwicklung war Großbritannien, wo sich die Städte – vorab Birmingham – in kommunalen Dienstleistungen engagierten. Diese von sozialreformerischen Forderungen der »Fabians« begleitete Bewegung wurde als »municipal socialism« bezeichnet (vgl. Kühl 2001).

Auch in Deutschland begannen die Städte frühzeitig, eine maßgebliche Rolle in der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu spielen (vgl. von Saldern 1999: 30ff.). Auch und gerade in Deutschland bildeten die Kommunen embryonale Formen und Inhalte einer »lokalen Sozialstaatlichkeit« aus; auch hier wurde (sozialreformerisch positiv besetzt und von konservativer Seite polemisch gemünzt) von »Municipal-Socialismus« gesprochen (vgl. Lindemann 1910, Seckelmann 2008: 275 FN 55 mit Nachweisen). So betrieben 1908 in Deutschland die Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern 93 Prozent der Wasserwerke, 86 Prozent der Gaswerke, 74 Prozent der Elektrizitätswerke und 41 Prozent der Straßenbahnen.

Angesichts dessen, dass die Erbringung dieser expandierenden kommunalen Leistungen in die Willensbildung der Kommunen und ihrer Vertretungen eingebunden war, kann plausibel von der Bestimmungskraft einer *politischen Rationalität* ausgegangen werden, die sich in der Berücksichtigung lokaler, nicht zuletzt sozialer Bedürfnisse niederschlug.

### 3.2. Vorrang des Öffentlichen Sektors im fortgeschrittenen (nationalen) Wohlfahrtsstaat

Die Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaats, die insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg vorangetrieben wurde und in den frühen 1970er Jahren ihre stärkste Ausprägung fand, war von der (»sozialdemokratischen«) Überzeugung geprägt, dass der öffentliche (staatliche wie kommunale) Sektor und sein Personal am besten geeignet seien, die expandierten infrastrukturellen und sozialen Leistungen und deren wohlfahrtsstaatlichen Ziele zu verwirklichen. Diese Überzeugung und Strategie fanden zum einen in der Verstaatlichung (»Nationalisierung«) des Energiesektors (1945 in Großbritannien, 1946 in Frankreich, 1962 in Italien) und des Wassersektors (1946 in Großbritannien) und zum andern in dem fortgesetzten Engagement der Kommunen und ihrer Betriebe in den Feldern öffentlicher Dienstleistungen ihren Ausdruck. Das letztere galt in Sonderheit für Deutschland, wo die Kommunen, namentlich vermöge ihrer vielfach »multifunktionalen« (Stadtwerke genannten) kommunalen Betriebe, weiterhin einen überwiegenden Anteil an der »Daseinsvorsorge« hatten. Dies schloss den Energiesektor (Strom und Gas) ein, in dem sich die Stadtwerke neben den regionalen und überregionalen Energieunternehmen behaupteten (vgl. Wollmann 2002).

Indem die Kommunen und ihre Unternehmen ihre jeweiligen »lokalen Märkte« bedienten, tendierten sie dazu, sozusagen »geschlossene Märkte« zu bilden, was ihnen den Vorwurf »lokaler Monopole« eintrug (vgl. Ude 2006). Gleichzeitig bot diese Entwicklung den Kommunen und ihren gewählten Vertretungen den Anreiz und die Möglichkeit, sich bei der Ausgestaltung der kommunalen Leistungen von den konkreten lokalen, nicht zuletzt sozialen Bedürfnissen, also einer *politischen Rationalität* leiten zu lassen.

### 3.3. Vordringen des privaten Sektors seit den frühen 1980er Jahren

Seit den späten 1970er Jahren ist der konzeptionelle, politische und institutionelle Vorrang des Öffentlichen (staatlichen wie kommunalen) Sektors in der Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen vor allem durch zwei Politikschübe und Diskursstränge erschüttert und konzeptionell-ideologisch, aber auch faktisch von der Priorität des privaten Sektors verdrängt worden.

Zum einen ging ein Anstoß vom neo-liberalen Politikwechsel aus, den 1979 die Konservative Partei unter Margaret Thatcher in Großbritannien auslöste und der als »Vorreiter« (Drews 2008: 34) auf die anderen europäischen Länder übergriff. Konzeptionell-ideologisch wurzelte er in der Vorstellung und Forderung, den Primat des Öffentlichen Sektors und das diesem

angekündigte Staats- und Bürokratieversagen durch das Gegenmodell eines auf die Kernfunktionen gestützten »schlanken Staates« (*lean state*) zu überwinden und für die verbleibenden öffentlichen Dienstleistungen auf den Privaten Sektor und auf Marktwettbewerb (*competitive tendering*) zu setzen.

Zum ändern wurde die Entwicklung von der Europäischen Union angetrieben, die mit dem Ziel und Postulat, einen »gemeinsamen Markt (*single market*) für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personal« europaweit herzustellen und hierbei insbesondere im Dienstleistungssektor (»Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse«) die bestehenden lokalen Märkte und Anbietermonopole durch Ausschreibungs- und Vergabevorschriften sowie sektorspezifische Marktliberalisierung und Deregulierung aufzubrechen (vgl. Bieling/Deckwirth 2008: 19ff.).

Unter der Wucht dieser politischen und konzeptionell-ideologischen Vorstöße wurde die *Organisationslogik* der Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen einschneidend vom Öffentlichen (staatlich/munizipalen) zum Privaten Sektor – durch funktionale (*outsourcing*) oder materielle Privatisierung – verschoben. Gleichzeitig gewann die dem privatwirtschaftlichen Sektor eigentümliche *ökonomische Rationalität* Vorrang.

Auf Einzelheiten der durch die »neo-liberale« Politik und »New Public Management« ausgelösten Veränderungen der Politik- und Verwaltungswelt soll und kann an dieser Stelle nur insoweit eingegangen werden, wie sie als »Ausgangsbedingungen« und »Messlatte« zur Beantwortung der Frage dienen, ob, in welchen Ländern, in welchen Dienstleistungssektoren und aus welchen Gründen eine »Remunizipalisierung« – als Gegenbewegung zur vorausgehende Politikphase – zu beobachten ist (für eine detaillierte Verlaufsanalyse vgl. Wollmann 2011 sowie die Autoren der Politikfeld-Analysen in Wollmann/Marcou 2010a).

#### 4. »Rekommunalisierung«?

Dieser Frage soll im Folgenden an den sektoralen Beispielen der Strom- und Wasserversorgung und Abfallbeseitigung – mit dem Blick auf Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien – nachgegangen werden.

#### 4.1. Energiesektor

Die Rolle der kommunalen Ebene im Energiesektor ist zunehmend von der wachsenden Bedeutung beeinflusst worden, die sowohl in den nationalen Politiken als auch in der EU-Politik der erneuerbaren Energie und energiesparenden Technologien beigemessen wird.

Den Auftakt im neuen Jahrtausend bildete ein von der EU-Kommission vorgelegtes Grünbuch über eine »nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung«, das eine breite Debatte über eine eigenständige Energiepolitik der EU auslöste. Nach der Katastrophe im Kernkraftwerk von Fukushima am 3. März 2011 hat die Ablösung der Atomenergie noch größere Dringlichkeit erhalten. Der auffälligste Fall ist Deutschland, wo die Bundesregierung – in einer dramatischen Politikwende – beschloss, die Produktion von Atomstrom, die bislang noch 25 Prozent betrug, bis 2020 stillzulegen (hierzu ausführlich Libbe 2012). An dieser Stelle sei daran erinnert, dass in Italien – im Gefolge der Katastrophe im Atomkraftwerk in Tschernobyl am 6. April 1986 – durch ein nationales Referendum, das im November 1987 abgehalten (und das durch das nationale Referendum vom 13. Juni 2011 bestätigt) wurde, die Atomstromgewinnung abgelehnt worden ist.

Nachdem in *Großbritannien* die Stromwirtschaft 1946 unter Beseitigung der bisherigen überwiegenden Zuständigkeit der Kommunen (*local authorities*) verstaatlicht worden war, wurde sie 1990 von der konservativen Regierung vollständig (materiell) privatisiert. Unter den privatwirtschaftlichen Stromunternehmen übernahmen ausländische Energieriesen (die französische EDF, die spanische Iberdrola und die deutschen Unternehmen RWE und E.ON) eine bestimmende Rolle (Drews 2008: 51). Die Kommunen blieben auf eher marginale Aufgaben wie Fernwärme beschränkt (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010: 175).

Indessen haben die Kommunen in den letzten Jahren ihr energiepolitisches Engagement verstärkt. Impulse hierzu gab der *Local Government Act 2000*, der den *local authorities* (*counties* und *boroughs*) die die traditionelle *ultra-vires*-Lehre erweiternde Zuständigkeit und Aufgabe eröffnete, für das *economic, social and ecological well-being* ihrer Bürger Sorge zu tragen (vgl. Wollmann 2008: 33). In Verfolgung ihres energiepolitischen Ziels, den Anteil der erneuerbaren Energien am nationalen Gesamtverbrauch bis 2020 auf 15 Prozent zu steigern, forderte die im Mai 2010 gebildete konservativ-liberale Koalitionsregierung die Kommunen

ausdrücklich dazu auf, hierzu durch eigene energiepolitischen Aktivitäten beizutragen<sup>2</sup>. Inzwischen haben zwar eine Reihe von *local authorities* einschlägige kommunale Projekte angestoßen, insbesondere in der Verbindung von Kraftwärme-Kopplung und Fernwärme (CHP and District heating) (vgl. Kelly/Pollitt 2011)<sup>3</sup>. Allerdings ist, wie neuere Untersuchungen nahelegen, das energiepolitische Engagement der Kommunen bislang noch »very weak or absent in 65 percent of local authorities« (Scott 2011).

In *Frankreich* wird der Strommarkt nach wie vor vom Energieriesen *Electricité de France* (EdF) beherrscht, der 1946 aus der Verstaatlichung des Stromsektors als Staatsbetrieb hervorging. Zwar wurde EdF 2004 in eine börsennotierte Aktiengesellschaft umgewandelt (»formal privatisiert«), jedoch befinden sich weiterhin 80 Prozent der Aktien in staatlichem Eigentum (vgl. Beckmann 2008: 140).

Die 230 kommunalen Energieunternehmen, die 1946 von der Verstaatlichung ausgenommen wurden, spielten bis vor kurzem gegenüber der EdF als nationalem und internationalen »Champion« eine eher marginale Rolle. Indessen haben die Kommunen seit den 1980er Jahren ihr energiepolitisches Engagement und Potenzial erweitert, indem sie begonnen haben, Wasserfälle für die Energiegewinnung stärker zu nutzen und auf Kraft-Wärme-Kopplung sowie Windenergie zu setzen (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010: 181). Allerdings sind die kommunalen Energieunternehmen durch die nationale Gesetzgebung bislang darauf beschränkt, allein ihren lokalen Versorgungsbereich zu bedienen (vgl. Allemand 2007: 40).

Zwar wird unter dem am 6. Mai 2012 gewählten sozialistischen Präsidenten François Hollande und der im Juni gewählten sozialistischen Parlamentsmehrheit – wie im Wahlprogramm angekündigt – eines (das älteste) der 48 Atomkraftwerke Frankreichs stillgelegt. Jedoch wird bislang die Dominanz des Atomstroms nicht angetastet. So ist kaum zu erwarten, dass sich die – auf alternative Energien gestützte – energiepolitische Rolle der Kommunen unter der neuen Regierung merklich verstärken wird.

---

<sup>2</sup> Am 28.8.2010 richtete *Chris Huhne*, Secretary of State (Minister) for Energy and Climate Change, an alle Kommunen ein offizielles Schreiben, in dem er u.a. ausführte, dass »for too long, Whitehall's dogmatic reliance on »big« energy has stood in the way of the vast potential role of local authorities in the UK's green energy revolution« (<http://www.decc.gov.uk/publications/basket.aspx?FilePath=News%2f376-unlocking-local-power-huhne-letter.pdf&filetype=4#basket>).

<sup>3</sup> Vgl. die *league table* der energiepolitisch inzwischen aktiven Kommunen unter: <http://www.aeat.com/cms/assets/MediaRelease/2011-press-releases/Microgeneration-Index-Press-Release-11th-March-2011.pdf>.

In *Italien*, wo 1962 der Energiesektor durch die Bildung des Energiegiganten ENEL verstaatlicht wurde, blieben die bestehenden (verhältnismäßig zahlreichen) kommunalen Energieunternehmen von der Verstaatlichung ausgenommen (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010: 182). Als im Verlaufe der 1990er Jahre ENEL zunächst (durch die Umwandlung in eine börsennotierte Aktiengesellschaft) formal privatisiert und dann durch Verkauf der Aktien an institutionelle und private Anleger (bis auf einen staatlichen Aktienanteil von 20 Prozent) auch materiell privatisiert wurde, konnten die kommunalen Energiebetriebe ihre Position auf dem italienischen Energiemarkt insgesamt behaupten und teils sogar ausbauen. Beispielsweise haben sich die kommunalen Energiebetriebe von *Milano* und *Brescia* 2008 zu einem börsennotierten Energieunternehmen (»A2A«) zusammengeschlossen. Insgesamt bringen es A2A und andere kleinere kommunale Unternehmen auf 14 Prozent der italienischen Stromproduktion (vgl. AEEG 2011: 52). Angesichts dessen, dass, wie erwähnt, in Italien die Atomstromgewinnung bereits 1987 durch nationales Referendum (in Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl) ausgeschlossen und dies durch das nationale Referendum vom Juni 2011 bestätigt worden ist, haben die vielfach auf Wasserkraftwerke gestützten kommunalen Energiegesellschaften wachsende Bedeutung.

Im Energiesektor in *Deutschland* hatte die von der EU verfolgte Marktliberalisierung in den frühen 1990er Jahren zunächst den gewissermaßen paradoxen Effekt, dass sich die Marktmacht der vier großen Energiegesellschaften (RWE, E.on, EnBW und Vattenfall) durch Fusionen noch vergrößerte, während der Marktanteil der Stadtwerke schrumpfte und das Wort von einem »Stadtwerkesterben« die Runde machte (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010).

Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre hat sich indessen das Blatt aus mehreren Gründen gewendet.

Zum einen lernten die Stadtwerke, sich im neuen Wettbewerb dadurch zu behaupten, dass ihr Personal unternehmerische Fähigkeiten erwarb und sie auch ihre organisatorische Basis, etwa durch eine interkommunale Trägerschaft der Stadtwerke, verstärkten.

Zum andern wiederentdeckten die Kommunen das wirtschaftliche und finanzielle Potenzial ihrer Stadtwerke, nicht zuletzt dank der Möglichkeit, aus energiewirtschaftlichen Gewinnen andere defizitäre kommunale Felder, etwa des öffentlichen Nachverkehrs, querzufinanzieren.

Ferner wurden die Erfahrungen, die die Kommunen und ihre Stadtwerke in der Anwendung energiesparender (Kraft-Wärme-Kopplung) Technologien und erneuerbarer Energiegewinnung traditionell besitzen, umso attraktiver, ein je stärkeres Gewicht alternativer Energiepolitik auf der Ebene von Bund und EU beigemessen wurde (vgl. Bolay 2009).

Schließlich rücken die Kommunen und ihre Stadtwerke dadurch in den Blick der auf Stärkung des Wettbewerbs im Energiesektor zielenden Politik der EU (und auch der Bundesregierung), dass diese das organisatorische und funktionelle »unbundling« der großen Energieriesen anstrebt und auf die kommunalen Unternehmen als Akteure einer Wettbewerbsbelebung auf der lokalen und regionalen Ebene setzt (vgl. Wollmann/Baldersheim u.a. 2010).

Diese Konstellation von Faktoren fällt in eine Phase, in der eine wachsende Zahl von Konzessionsverträgen, aufgrund derer die Energieunternehmen die lokalen Transmissionsnetze befristet nutzen, auslaufen<sup>4</sup> und die Kommunen damit die Möglichkeit erhalten, die Konzessionsverträge entweder neu zu verhandeln oder aber die lokalen und regionalen Transmissionsnetze (gegen Leistung entsprechender Entschädigungszahlungen an deren bisherige Investoren) selbst zu übernehmen. Die steigende Neigung der Kommunen, die lokale Energieversorgung zu kommunalisieren bzw. zu re-kommunalisieren, ist an der wachsenden Zahl von neugegründeten Stadtwerken abzulesen (bis 2010 rund 40 Neugründungen; vgl. Liste bei Libbe 2012, VKU 2010).

Ein eklatantes kürzliches Beispiel ist die *Thüga AG*, eine Tochtergesellschaft von E.on, die im Sommer 2009 von einem Konsortium von 100 Stadtwerken für den Betrag von 3 Milliarden Euro erworben worden ist und nunmehr rund 6 Prozent des Strommarktes bedient. Ein anderes vielzitiertes Beispiel ist die Stadt Bergkamen (vgl. Schäfer 2008, für Einzelheiten und weitere Beispiele vgl. Kuhlmann/Wollmann 2013: 194 ff., 2014).

Im Jahr 2010 waren 700 von insgesamt 1.372 Stadtwerken (mit 241.535 Beschäftigten und damit etwa einem Zehntel aller Kommunalbeschäftigten, vgl. VKU 2010: 9) in der Energieversorgung tätig, davon wiederum ein Drittel auch in der Stromgewinnung. Von der lokalen Stromerzeugung entfallen 84 Prozent auf Kraft-Wärme-Koppelung und 16 Prozent

---

<sup>4</sup> Zwischen 2000 and 2001 liefen rund 3.000 von insgesamt etwa 20.000 Konzessionsverträgen aus, vgl. Libbe u.a. 2011: 6

auf alternative, insbesondere Hydro-, Stromgewinnung. Der lokal erzeugte Strom beläuft sich auf 10,4 Prozent der gesamten Stromerzeugung des Landes (vgl. VKU 2010).

#### 4.2. Wassersektor

Im Sektor der Wasserversorgung ist die Frage ihrer Trägerschaft in letzter Zeit dadurch politisiert worden, dass »Wasser« in der politischen Diskussion verstärkt als öffentliches Gut begriffen wird, dessen Privatisierung sich politisch verbietet.

Nachdem in *Großbritannien* der Wassersektor nach 1945 – fast zeitgleich mit der Verstaatlichung des Stromsektors – von der traditionellen kommunalen Zuständigkeit in staatliche (regionale) Wasserbehörden (*Regional Water Authorities*) überführt worden war, setzte die konservative Regierung unter Margaret Thatcher 1989 in England und Wales deren vollständige materielle Privatisierung an private Investoren durch (für Details vgl. Drews 2008: 52ff.). In Schottland und Nordirland blieb die Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand.

Obgleich der steile Anstieg der Wassertarife und die hohen Profitraten der privatwirtschaftlichen Wasserbetriebe vielfach kritisiert worden sind<sup>5</sup>, ist eine politisch relevante Diskussion um eine Re-Nationalisierung oder Rekommunalisierung bislang nicht in Gang gekommen.

In *Frankreich* ist der Wasserversorgung seit langem die Organisationsform der *gestion déléguée* eigentümlich, in der die Kommunen in einer Variante funktionaler Privatisierung zwar Eigentümerinnen des Leitungsnetzwerks bleiben, jedoch die Wasserlieferung auf der Basis zeitlich befristeter Konzessionsverträge an externe Dienstleister vergeben (vgl. Einzelheiten bei Citroni 2010: 206ff.). Diese Praxis, die historisch in das 19. Jahrhundert zurückreicht und deren Grund wesentlich in der fehlenden operativen Fähigkeit der für Frankreich typischen Vielzahl kleiner und kleinster Gemeinden liegt, hat im Wassersektor die Entstehung und Expansion von drei Unternehmensgruppen (*grands groupes*, Veolia, Suez, SAUR) begünstigt; diese versorgen inzwischen rund 70 Prozent der französischen Haushalte mit Wasser (vgl. Bordonneau u.a. 2010: 134). Zwar haben die einzelnen Kommunen formal das Recht, nach Ablauf der Verträge diese neu zu verhandeln, jedoch sehen sie sich hierbei

---

<sup>5</sup> Die Wassertarife stiegen zwischen 1990-2000 um 46 Prozent und die operativen Gewinne um 142 Prozent vgl. Hall/Lobina 2001b.

der überlegenen Marktmacht und einer Art »Gefangennahme« (*regulatory capture*, Varin 2010) durch die national und international operierenden Großkonzerne gegenüber; zudem bieten diese als *multi-utility*-Unternehmen die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung vielerorts gebündelt (vgl. Kuhlmann 2009: 164). Die funktionale Privatisierung der Wasserversorgung setzte sich in den 1980er Jahren zunächst noch verstärkt fort – so beispielhaft in Grenoble und Paris, wo traditionell die Wasserversorgung von den Kommunen selber (*en régie*) betrieben worden war und wo 1987 bzw. 1989 neu gewählte konservative Mehrheiten und Bürgermeister deren *délégation* an Unternehmen der *grands groupes* beschlossen (vgl. Hall/Lobina 2001a).

Seit den späten 1990er Jahren ist der Prozess einer Remunizipalisierung der Wasserversorgung aus einer Reihe von Gründen in Gang gekommen. Zum einen zielte sie darauf, eine Privatisierung rückgängig zu machen, die in den 1980s Jahren wesentlich durch (nachträglich aufgedeckte und gerichtlich bestrafte) Korruption des Bürgermeisters und anderer lokaler Akteure zustande gekommen waren (beispielsweise in Grenoble, vgl. Hall/Lobina 2001a)<sup>6</sup>. Zum andern stellte der steile Anstieg der Wassertarife die angebliche ökonomische Überlegung der Privatisierung in Frage, während gleichzeitig die Kommunen die finanziellen und operativen Vorteile einer eigenen (zumal interkommunalen) Trägerschaft entdeckten. Als die Kommunalvertretungen und Bürgermeisterpositionen von »linken« Mehrheiten erobert wurden, schritten diese dazu, die von den vorhergehenden »rechten« Mehrheiten durchgesetzten Privatisierungen rückgängig zu machen und die Gelegenheit auslaufender Konzessionsverträge für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung zu nutzen. Hierfür sind die in Grenoble und Paris (1989 bzw. 2000) getroffenen kommunalpolitischen Entscheidungen eindrucksvolle Beispiele. Im Ergebnis ist die von den Kommunen in eigener Trägerschaft erbrachte Wasserversorgung von 18 Prozent der Bevölkerung (in 1970) auf 28 Prozent (in 2008) gestiegen (vgl. Tabelle in Bordonnaux u.a. 2010: 134).

Freilich zeigt sich, dass die mögliche Rekommunalisierung der Wasserversorgung durch die Entschädigungszahlungen, die die Kommunen an die bisherigen privatwirtschaftlichen Wasserbetriebe zu leisten haben, sowie dadurch gebremst wird, dass den Kommunen nicht

---

<sup>6</sup> Im Fall von Grenoble wurde der Bürgermeister der Korruption überführt und mit Gefängnis bestraft. Der betreffende Konzessionsvertrag wurde aufgehoben, vgl. Hall/Lobina 2001a.

selten das für die Übernahme der Wasserbetriebe erforderliche geeignete Personal fehlt (bhö-Bordonneau u.a. 2010: 136).

In *Italien* wurde die Wasserversorgung traditionell von einer Vielzahl kleiner kommunaler Wasserunternehmen betrieben. Seit den 1990er Jahren führten eine durch das Galli-Gesetz von 1994 ausgelöste Reorganisation der Wasserversorgung und Wettbewerbselemente (für Details vgl. Citroni 2010: 203ff.) dazu, dass privatwirtschaftliche Wassergesellschaften, insbesondere solche der französischen *grands groupes*, als Wasserversorger vorgedrungen sind. Unter der konservativen Berlusconi-Regierung zielte das *Ronchi Dekret* von 2009 darauf, einer weitgehenden Privatisierung der Wasserversorgung den gesetzlichen Boden zu bereiten. Dieser Entwicklung wurde durch das nationale Referendum vom 11. Juni 2011, in dem die Privatisierung der Wasserversorgung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, ein Riegel vorgeschoben. Die politische Kampagne, die dem Referendum vorausging und die wesentlich vom *Forum Italiano die Movimenti per l'Acqua* – einer breiten (überwiegend linken) Bewegung, der 150 Kommunen und verschiedene politische Gruppierungen angehören<sup>7</sup> – getragen wurde, spiegelte die zunehmende nationale, aber auch internationale Politisierung der »Wasserfrage« wider.

Auch wenn in *Deutschland* die kommunalen Betriebe in der Wasserversorgung nach wie vor überwogen, sind bis in die letzten Jahre privatwirtschaftliche Wasserbetriebe, nicht zuletzt internationale Branchenriesen wie Veolia und Suez, aber auch RWE und E.on dadurch verstärkt vorgedrungen, dass sie (Minderheits-) Aktionäre in Stadtwerken wurden oder auch, wie im Falle von Stuttgart, die Wasserwerke vollständig übernahmen. In der letzten Zeit ist aber auch in Deutschland eine Gegenbewegung zu beobachten, indem Städte das Auslaufen der Konzessionsverträge als Gelegenheit ergreifen, die Konzessionsverträge neu zu verhandeln und hierbei die früher verkauften Anteile an den Wasserwerken rückzuerwerben. So hat in Stuttgart, wo die Wasserwerke 2002 (an die EnBW) verkauft worden waren, die Gemeindevertretung am 17. Juni 2010 beschlossen, diese 2013 – mit Auslaufen des Konzessionsvertrags – rückzuerwerben (für Einzelheiten vgl. Libbe 2013)<sup>8</sup>. Auch in Berlin, dessen Wasserbetriebe 1999 dadurch teilprivatisiert wurden, dass Veolia und RWE zusammen 49,9 Prozent der Aktien erwarben, hat die Landesregierung – nach langen Kontroversen –

---

<sup>7</sup> <http://www.fame2012.org/index.php?id=52>

<sup>8</sup> [http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2010/stgt\\_fuer\\_rekommunalisierung\\_wasser.htm](http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2010/stgt_fuer_rekommunalisierung_wasser.htm)

beschlossen, rückwirkend zum 1. 1. 2012 den Anteil der RWE zurückzukaufen und so die Beteiligung des Landes wieder auf 75 Prozent zu erhöhen (für Einzelheiten vgl. Libbe 2012, Bauer 2012: 26 FN 20; Für eine Fallstudie zur Privatisierung und Rekommunalisierung der Wasserwerke in Potsdam vgl. Bauer 2012: 13ff. mit Nachweisen).

#### 4.3. Andere Felder öffentlicher Dienstleistungen

In *Großbritannien* zielte die neo-liberale Politik der 1979 gewählten konservativen Regierung darauf, auch in der Erbringung der anderen öffentlichen Dienstleistungen einen fundamentalen, um Privatisierung und Marktwettbewerb kreisenden Politikwechsel herbeizuführen. Die 1980 beschlossene (und 1988 erweiterte) Gesetzgebung des *Compulsory Competitive Tendering* (CCT) verpflichtete die Kommunen, einen breiten Fächer kommunaler Aufgaben (Errichtung und Unterhaltung öffentlicher Gebäude, Straßenbau, Abfallbeseitigung, Krankenhausverpflegung usw.) öffentlich auszuschreiben und auf der Basis von Verträgen zu vergeben, also funktional zu privatisieren (vgl. Wollmann 2008: 127). Zwar wurde die CCT Gesetzgebung von der nachfolgenden New Labour Regierung außer Kraft gesetzt, jedoch blieb *outsourcing* ein bestimmendes Merkmal des britischen Dienstleistungssektors.

Indessen sind die Kommunen (*local authorities*) in der letzten Zeit dazu übergegangen, bislang »ausgelagerte« (*outsourcing*) Aufgaben wieder in eigene Trägerschaft zurückzunehmen (*insourcing*). In einer Befragung, die die *Association for Public Service Excellence* (APSE)<sup>9</sup> jüngst unter 140 *local authorities* in England, Schottland und Wales durchführte, gaben fast 60 Prozent an, eine solche »Rückübernahme« (*insourcing*) bereits eingeleitet zu haben, vorzubereiten oder zu planen; knapp 20 Prozent gaben zudem an, Dienstleistungen niemals extern vergeben (*outsourcing*) zu haben (vgl. APSE 2011: 11). Die funktionale Rücknahme (*insourcing*) umfasst ein breites Aufgabenspektrum, u.a. »environmental services« (Müllabfuhr und Abfallverwertung), »education and social care« (children's social services) und »housing and building maintenance« (vgl. die Liste in ebd.: 15ff.).

---

<sup>9</sup> APSE ist eine gemeinnützige, von 300 Kommunen getragene Einrichtung, die u.a. die Aufgabe hat, die Kommunen in Fragen der kommunalen Dienstleistungen zu beraten, vgl. [Website http://www.apse.org.uk/](http://www.apse.org.uk/)

In Großbritannien zeichnet sich *insourcing* vermehrt auch im Öffentlichen Nahverkehr ab. So wurden in London 2007 und 2010 zwei große privatwirtschaftliche, bislang als PPP verfasste Consortia, denen die Renovierung des Londoner U-Bahn-System übertragen worden war, beendet und die Aufgabe wieder in öffentliche (kommunale) Trägerschaft genommen (vgl. Hall u.a. 2012 mit weiteren Beispielen).

Auch in *Frankreich* weist der öffentlicher Nahverkehr einen hohen Grad von *gestion déléguée* (funktionaler Privatisierung) auf, der ausweislich einer 2004 bei 37 Großstädten durchgeführten Befragung auf 85 Prozent der Verkehrsbetriebe beziffert wurde (vgl. Kuhlmann 2009: 153 mit Nachweis). Auch in diesem Feld ist kürzlich ein Prozess der Rekommunalisierung durch ein Gesetz von 2010 angestoßen worden, das den Kommunen einen rechtlichen Rahmen für die Gründung von gemeinsamen, zu 100 Prozent in ihrem Eigentum stehenden *sociétés publiques locales* (SPL) bietet. Die Konstruktion der SPL (100-prozentige kommunale Eigentümerschaft und Zweckbestimmung) erlaubt den Kommunen, ihre Dienstleistungen zu übertragen, ohne hierfür dem Ausschreibungsgebot der EU zu unterliegen (vgl. Hall u.a. 2012). Inzwischen wurden 22 SPL gegründet, um Projekten des Öffentlichen Nahverkehrs – nach Auslaufen der vorausgehenden Konzessionsverträge – zu re-kommunalisieren (vgl. ebd. mit Beispielen).

Die Abfallentsorgung haben die französischen Kommunen in der Vergangenheit ebenfalls zum größten Teil an private Unternehmen, insbesondere an die beiden (*multi-utility*) Großkonzerne Veolia-Environnement und Suez, vergeben; lediglich 13 Prozent der Müllaufbereitungsanlagen werden in kommunaler Regie betrieben (vgl. Kuhlmann 2009: 159). Jüngst kündigt sich aber auch in diesem Feld eine Gegenbewegung an, indem Städte die Müllabfuhr wieder in eigene Regie nehmen, so 2008 die Stadt Paris, die ihren Vertrag mit Veolia nicht verlängerte (vgl. ebd.).

Auch in *Deutschland* ist im Sektor der Abfallwirtschaft in den vergangenen Jahren eine deutliche Rekommunalisierung dieser Aufgaben zu beobachten (für Einzelheiten vgl. Verbücheln 2009, Libbe 2013).

##### 5. Zusammenfassung: »Comeback« der Kommunen?

Die Erbringung der (in Deutschland »Daseinsvorsorge« genannten) öffentlichen Dienstleistungen war seit dem 19. Jahrhundert bis zur Entfaltung des (nationalen)

Wohlfahrtsstaats nach dem zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre vom Vorrang des öffentlichen (historisch zunächst des kommunalen und dann des staatlichen) Sektors geprägt. Seit den 1980er Jahren wurde, vom neo-liberalen Politikwechsel in Großbritannien unter Margaret Thatcher ausgelöst und von der Marktliberalisierungspolitik der EU vorangetrieben, der private Sektor vermöge fortschreitender Übertragung (»outsourcing«) von Dienstleistungen an Private (»funktionale Privatisierung«) oder auch vollständiger (»materieller«) Privatisierung dominierend.

In den letzten Jahren hat in der Wasser- und Energieversorgung dadurch eine Rekommunalisierung eingesetzt, dass die Kommunen Versorgungsnetze und -betriebe, die sie an private Investoren verkauft bzw. »funktional privatisiert« hatten, zurückerwerben und selbst betreiben. Insbesondere im deutschen Energiesektor hat die Rekommunalisierung inzwischen eine beträchtliche Dynamik entfaltet. Die Kommunen erleben einen *comeback* in ihrer Rolle als der »örtlichen Gemeinschaft« verpflichtete Träger kommunaler Dienstleistungen. In einer Gegenbewegung zur vorangegangene Phase der (funktionalen und materiellen) Privatisierung »schlägt das Pendel zurück« (vgl. Wollmann/Marcou 2010c; Röber 2009, 2012; Wollmann 2011, 2013; Hall u.a. 2012; Libbe 2013; Bauer 2012; Kuhlmann/Wollmann 2013: 144 ff., 2014).

In Tabelle 1 wird diese Entwicklung in vier Phasen schematisch abgebildet.

Tabelle 1: Schematische Abbildung der Entwicklung

Land	Sektor	Historische Ausgangsbedingungen	Fortgeschrittener Welfare State bis 1970er Jahre	Neo-liberale Privatisierung + Marktliberalisierung Seit 1980er Jahren	Rekommunalisierung?
UK	Wasser	Kommunen	Staatlich nach 100% Nationalisierung (1973)	Privater Sektor nach 100% (materieller) Privatisierung (1989)	Nein
	Energie	local government based	Staatlich nach 100% Nationalisierung (1947)	Privater Sektor nach 100% (materieller) Privatisierung (1989)	Erste kommunale Projekte
Frankreich	Wasser	Kommunen(en régie)/formale Privatisierung + funktionale Privatisierung an private Gesellschaften;	Kommunen (en régie)/ formale Privatisierung + überwiegend funktionale Privatisierung an private Gesellschaften	Kommunen (en régie)/ formale Privatisierung + überwiegend funktionale Privatisierung an private Gesellschaften = Entstehung der dominierenden »Großen Drei« (Veolia, Suez, SAUR)	Re-kommunalisierung in mehreren Städten (u.a. Paris, Grenoble)

	Energie	Kommunen/ formale Privatisierung + private Gesellschaften	Staatlich (EdF) nach 100% Nationalisierung (1946) + Kommunen durch formal privatisierte kommunale Gesellschaften	Formale Privatisierung von EdF (2004), dann geringe (20%) materielle Privatisierung + Kommunen durch formal privatisierte kommunale Gesellschaften	Kaum
Italien	Wasser	Kommunen + formal privatisierte kommunale Gesellschaften <i>municipalizzate</i>	Kommunen + formal privatisierte kommunale Gesellschaften <i>municipalizzate</i>	Kommunen + formal privatisierte kommunale Gesellschaften <i>(municipalizzate)</i> + nach Einführung der ATO Organisation Vordringen privater Gesellschaften	Weitere Privatisierung durch nationales Referendum vom Juni 2011 gestoppt
	Energie	Kommunen + formal privatisierte kommunale Betriebe <i>(municipalizzate)</i> + private Gesellschaften	Staatlich (ENEL) nach Nationalisierung (1962) + Kommunen durch formal privatisierte kommunale Betriebe <i>(municipalizzate)</i>	Formale Privatisierung von ENEL (1999), dann weitgehende (80%) materielle Privatisierung + Kommunen durch formal privatisierte kommunale Gesellschaften <i>(municipalizzate)</i>	Expansion der kommunalen (Energie-) Unternehmen
Deutsch land	Wasser	Kommunen en régie + durch formal privatisierte kommunale Betriebe (Stadtwerke)	Kommunen en régie + durch formal privatisierte kommunale Betriebe (Stadtwerke)	Kommunen en régie + durch formal privatisierte kommunale Betriebe (Stadtwerke) + Expansion privater Gesellschaften	Re-Kom- munalisierung in mehreren Städten (u.a. Stuttgart, Potsdam)
	Energie	Private Gesellschaften + Kommunen durch formal privatisierte Betriebe (Stadtwerke)	Überwiegend private Gesellschaften + Kommunen durch formal privatisierte Betriebe (Stadtwerke)	Überwiegend private Gesellschaften, Dominanz der »Großen Vier« Energiegesellschaften (RWE, E.on, EnBW, Vattenfall) + Kommunen durch formal privatisierte Betriebe (Stadtwerke)	Starke Expansion der Stadtwerke

### 5.1. Rekommunalisierung fördernde Faktoren

#### Ökonomische Rationalität kommunaler Leistungserbringung

Wurde die Privatisierungswelle seit den 1980er Jahren konzeptionell-ideologisch vom dem Schlagwort »privat ist besser als öffentlich« und dem Versprechen angefeuert, die Erledigung durch Private sei finanziell ökonomischer und qualitativ besser, so haben die Ergebnisse der »Privatisierung« vielerorts ernüchert und enttäuscht. Stattdessen hat sich in der kommunalen Praxis die Überzeugung Geltung verschafft, dass die Durchführung durch die Kommunen und ihre Unternehmen und ihr Personal selbst sowohl kostengünstigere als auch qualitativ bessere Ergebnisse bringt und dass sie in ihrer *ökonomischen Rationalität* dem Privaten Sektor überlegen, zumindest aber ebenbürtig sei.

Diese Einschätzung kommt in der erwähnten APSE-Befragung von britischen Kommunen (*local authorities*) beredt zum Ausdruck, dass »a need to improve efficiency and reduce service costs was the most cited reason for insourcing« (APSE 2011: 11). Demnach werden Kosteneinsparungen auch davon erwartet, dass durch Rekommunalisierung jene (*Transaktions-*) Kosten vermieden werden, die im Falle der Leistungsvergabe an externe Dienstleister durch deren (Qualitäts- usw.) Überwachung (*monitoring*) durch die Kommunen und durch das erforderliche Vertragsmanagement anfallen (vgl. ebd.: 11; vgl. Hall u.a. 2012 mit weiteren Nachweisen).

Ferner gehen die Kommunen davon aus, dass sie zusätzliche kommunale Einkünfte erzielen können. In einer kürzlich an der Universität Leipzig durchgeführten Befragung von deutschen Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern (vgl. Lenk u.a. 2011) nach den Gründen der Rekommunalisierung rangierte der Wunsch, zusätzliche Einkünfte zu erzielen (mit 74 Prozent) weit vorn (vgl. auch Reichard/ Röber 2012).

Dieses wachsende Vertrauen in die vor allem auch ökonomische Leistungsfähigkeit des kommunalen Sektors liegt wesentlich darin begründet, dass die Kommunen und ihre Betriebe – unter dem Druck der Marktliberalisierung und -konkurrenz – vielfach dazu übergegangen sind, die betreffenden Organisationsstrukturen »managerial« zu modernisieren und qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Hatten in der Vergangenheit Leitungspositionen in den kommunalen Betrieben nicht selten als »Sinekuren« für Kommunalpolitiker gegolten, werden sie nunmehr mit unternehmerisch qualifizierten Bewerbern besetzt.

In diesem Zusammenhang sei auf einige international vergleichende, auf breite statistische Daten gestützte Untersuchungen verwiesen, in denen die – in der Vergangenheit von ihren neo-liberalen Verfechtern behauptete – überlegene ökonomische Effizienz einer privatwirtschaftlichen Durchführung von öffentlichen Dienstleistungen in Zweifel gezogen

werden. So schlussfolgerte eine weltweite Untersuchung der World Bank zur Wasserindustrie: »there is no statistically significant difference between the efficiency performance of public and private operators in this sector« (World Bank 2004). Zu einem ähnlichen Schluss kam eine Studie zur Privatisierung von mehreren Dienstleistungsfeldern in Großbritannien: There is »little evidence that privatisation has caused a significant improvement in performance. Generally the great expectations for privatisation evident in ministerial speeches have not been borne out« (Estache u.a. 2005). Ferner sei auf eine international vergleichende (die USA einbeziehende) Studie zur Wasserversorgung und Abfallbeseitigung verwiesen, in der zusammenfassend festgestellt wurde: »Little support is found for a link between privatization and cost savings. Cost savings are not found in water delivery. [...]Because there is no systematic optimal choice between public and private delivery, managers should approach the issue in a pragmatic way« (Bel/Warner 2008). Schließlich ist auf die, soweit ersichtlich, bislang umfassendste Auswertung der international verfügbaren Vergleichsuntersuchungen zur ökonomischen Effizienz von öffentlicher und privatwirtschaftlicher Produktion/Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen zu verweisen (vgl. Mühlenkamp 2012, 2013). Demnach ist die Effizienz öffentlicher Leistungserbringung der privatwirtschaftlichen vielfach durchaus ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen, vor allem dann, wenn man die „Transaktionskosten“ in Rechnung stellt, die bei privatwirtschaftlicher Leistungserbringung im Wege des „outsourcing“ für die Ausschreibung, Verhandlung und Auswahl des Auftragnehmer und deren Leistungskontrolle („Monitoring“) und Auswertung durch den öffentlichen Auftraggeber anfallen.

### *Politische Rationalität kommunaler Leistungserbringung*

Die *politische Rationalität*, also die Handlungsorientierung, neben ökonomischen andere (soziale, ökologische usw.) Ziele einzulösen, kann in kommunaler Leistungserbringung in mehreren Hinsichten sichtbar gemacht werden.

Bei eigener Trägerschaft gewinnen die Kommunen die Handhabe, auf den Preis und die Qualität der Leistungserbringung, aber auch auf die hierbei verfolgte Beschäftigungspolitik Einfluss zu nehmen. So stand denn in der erwähnten (an der Universität Leipzig) durchgeführten Befragung von Kommunen der Wunsch nach einer besseren Kontrolle (mit 94 Prozent) bei weitem an der Spitze (vgl. Lenk u.a. 2011).

Indem sie die kommunalen Leistungen inhaltlich bestimmen, haben die Kommunen zudem die Möglichkeit, neben den (der »ökonomischen Rationalität gehorchenden«) ökonomischen Zielen auch und gerade jene darüber hinausgehenden (sozialen, ökologischen usw.) Ziele zu berücksichtigen, die dem »allgemeinen Interesse« und den konkreten Bedürfnissen der »örtlichen Gemeinschaft« dienen (vgl. Bauer 2012: 28).

Hierbei gewinnen die Kommunen die Möglichkeit, mit Hilfe von Gewinnen, die in dem einen Sektor (etwa Energie) erwirtschaftet werden können, andere defizitäre Leistungsfelder (etwa öffentlicher Personennahverkehr) quersubventionieren und auch auf diesem Wege ein sozialpolitisches Ziel einzulösen.

Die sich hier ausprägende Verbindung und »Amalgamierung« von *ökonomischer* und *politischer Rationalität* birgt ein Handlungspotenzial, dessen Nutzung die für die »örtliche Gemeinschaft« engagierten Politik- und Handlungsarenen auszeichnet.

#### *Politikkultureller Wertewandel*

Die Tendenz einer Rekommunalisierung von Dienstleistungen wurde vielfach von politischen Initiativen »von unten« angestoßen oder unterstützt, die sich auf der lokalen (oder auch regionalen und nationalen) Ebene mit dem Ziel formierten, die Privatisierung von Dienstleistungen zu verhindern oder rückgängig zu machen. Hierin kommt ein tiefgreifender politikultureller Wertewandel zum Ausdruck, in dem der öffentliche, zumal kommunale Sektor als Leistungserbringer (wieder) größeres Vertrauen als der private findet<sup>10</sup>. Als eindrucksvolles Beispiel hierfür ist an das in Italien im Juni 2011 abgehaltene nationale Referendum zu erinnern, in dem die Privatisierung des Wassers (neben dem Bau von Nuklearkraftwerken) mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Schließlich sei auf die Europäische Bürgerinitiative *Wasser ist ein Menschenrecht* verwiesen, in der – als erstes Beispiel des 2009 neu eingeführten EU-weiten (direktdemokratischen) Petitionsverfahrens<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Nach einer Umfrage, die dimap 2008 im Auftrag von VKU durchführte, äußerten die Bürger mehrheitlich größeres Vertrauen in öffentliche Unternehmen als in private.

<sup>11</sup> Die Europäische Bürgerinitiative (als Europäisches Bürgerbegehren) ist ein durch den Vertrag von Lissabon von 2009 in der Europäischen Union eingeführtes direktdemokratisches Teilhabeverfahren (vgl. <http://ppp-irrweg.de/index.php?id=12037>). Wenn innerhalb eines Jahres mindestens eine Million Bürger aus mindestens sieben der 27 Mitgliedsstaaten die Initiative unterstützen, muss sich die Europäische Kommission mit deren Anliegen befassen..

– die Europäische Kommission aufgefordert wurde, den EU-Mitgliedsstaaten verbindliche Ziele zu setzen, um die Anerkennung und Umsetzung des Rechts auf Zugang zu Wasser und sanitäre Grundversorgung zu sichern<sup>12</sup>. Die Petition, deren Verfahren am 1. 4. 2012 eingeleitet und bis zum 31. 10. 2013 verlängert wurde, ist EU-weit von rund 1.5 Mio. Bürgern unterschrieben worden und wurde, da mithin weit mehr als das prozedurale Erfordernis von 1 Mio. Unterstützern erreichend, erfolgreich angenommen (hierauf wird weiter unter noch einmal eingegangen).

### *Abschwächung der Verbindlichkeit der EU-Markoliberalisierung der kommunalen Dienstleistungen*

War die von der EU verfolgte Markoliberalisierung auch und gerade im Bereich der »Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse« darauf gerichtet, die Markoliberalisierung nicht zuletzt in den lokalen Handlungsarenen und Märkten möglichst lücken- und ausnahmslos durchzusetzen, so ist dieser Handlungsdruck zumal auf die kommunalen Entscheidungen als Ergebnis des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2009 dadurch erheblich gemildert worden, dass in dem dem Vertrag beigefügten Protokoll<sup>13</sup> der »weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen [sic! HW] Handlungsebenen« in der Frage hervorgehoben wurde, »wie die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind«. Allerdings könnte dieser im Vertrag von Lissabon eröffnete »weite Ermessensspielraum« der nationalen, regionalen und lokalen Entscheidungsträger durch die Anfang 2013 beschlossene EU-Richtlinie zur Ausschreibung der Konzessionsverträge empfindlich konterkarieren werden (siehe unten Abschnitt 4)<sup>14</sup>.

### *Politikfeldspezifische Anstöße*

---

<sup>12</sup> Die Initiative wird getragen vom Europäischen Gewerkschaftsbund für den Öffentlichen Dienst und dessen europäische Mitgliedsgewerkschaften (darunter Ver.di) sowie vielen Organisationen der Zivilgesellschaft, (darunter Attac) (vgl. <http://ppp-irrweg.de/index.php?id=12037>).

<sup>13</sup> <http://www.politische-union.de/euv/euv-p1f.htm>

<sup>14</sup> Vgl. auch unten Fußnote 19

Wie sich in den hier diskutierten Fällen insbesondere am Beispiel der Energiepolitik und deren mögliche (Re-)Kommunalisierung zeigt, könnten politische Entscheidungen und Vorgaben, seien sie auf EU- oder auf nationaler Ebene getroffen, bestimmend auf die kommunale Ebene auch und gerade in Fragen einer Rekommunalisierung durchschlagen (zu den energiepolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland vgl. ausführlich Libbe 2012).

#### *Auslaufen der Konzessionsverträge als »window of opportunity«*

Da Übertragung (»outsourcing«, »délégation«) von Aufgaben an externe Dienstleister typischerweise auf der Basis zeitlich limitierter Verträge erfolgt, bietet deren Auslaufen den Kommunen die Gelegenheit, über die Verträge neu zu verhandeln und die Erbringung der Leistungen wieder zu übernehmen (zu »rekommunalisieren«). Tatsächlich wird dieses »window of opportunity« von den Kommunen in wachsendem Umfang genutzt (vgl. Hall u.a. 2012).<sup>15</sup>

#### *5.2. Rekommunalisierung hindernde Faktoren*

##### *Fehlende organisatorische, personelle und finanzielle Kapazität der Kommunen*

Ein ernsthaftes Hindernis für die Verwirklichung von Rekommunalisierung bildet vielfach die Tatsache, dass die Kommunen als Folge der (sei es materiellen oder funktionalen) Privatisierung der Dienstleistung die entsprechenden organisatorischen und personellen Ressourcen abgebaut haben und diese erst wieder schaffen müssten, um die Wiederaufnahme der Aufgabe zu meistern (für Frankreichs Wassersektor vgl. Bordonneau u.a. 2010: 136)

Hierzu kommt, dass in der Regel erhebliche finanzielle Zahlungen an den bisherigen privaten Dienstleister (zur Abgeltung der von diesem gemachten Investitionen usw.) erforderlich werden.

##### *»Asymmetrische« Machtbeziehungen zwischen Kommunen und privatwirtschaftlichem Sektor*

Wenn die Kommunen nach Auslaufen des Konzessionsvertrages danach trachten, die Dienstleistung in eigene Regie zu übernehmen und mit dem bisherigen »Konzessionär« über

---

<sup>15</sup> Der Verband der kommunalen Unternehmen (VKU) geht von 20.000 Strom- und Gaskonzessionen aus, von denen allein in 2011 und 2012 etwa 950 bzw. 1.200 Verträge ausliefen (vgl. Bauer 2012: 19).

die Abwicklung (finanzielle Folgekosten, Übernahme von Personal usw.) zu verhandeln, befinden sie sich vielfach mit einem »asymmetrischen« Machtverhältnis gegenüber »den großen hochkonzentrierten internationalen Konzernen, die über technische und finanzielle Kapazitäten jenseits aller Proportionen verfügen« (Duval 2006, zit. nach Kuhlmann 2009: 154) konfrontiert. Zudem sehen sich die Kommunen oft von einem »schwer durchschaubaren Vertragsgeflecht« (Bauer 2012: 14) gefangen. Schließlich wehren sich die betreffenden Privatunternehmen vielfach vehement, nicht selten mithilfe der Mobilisierung ihrer Beschäftigten<sup>16</sup>, dagegen, ihr profitables Engagement aufzugeben.

### 6. Neue Privatisierungswelle?

Neuerdings zeichnet sich allerdings eine abermalige Welle der Privatisierung im Sektor der öffentlichen/kommunalen Dienstleistungen ab.

Dies gilt zum einen vor allem in den von der gegenwärtigen Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise besonders gravierend getroffenen südeuropäischen Ländern. So sehen sich insbesondere Griechenland, Portugal und Spanien der Forderung der (aus Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds bestehenden) sogenannten Troika sowie der Europäischen Kommission selbst gegenüber, zum Abbau ihrer Überschuldung in großem Stil öffentliches Vermögen, in Sonderheit staatliche/kommunale Betriebe der öffentlichen Versorgung, hierunter nicht zuletzt Wasserbetriebe, zu privatisieren<sup>17</sup>. Auch in Italien drängte die Regierung Monti (bezeichnenderweise unter dem angelsächsischen Rubrum einer *spending review*) die Kommunen, ihre kommunalen Betriebe zu veräußern. In dem Maße, wie eine solche neue Privatisierungswelle vor allem die südeuropäischen Länder erfasst, prägt sich eine weitere Vertiefung der »Nord-Süd-Disparität« aus.

Zudem zeichnet sich ein neuer Schub in der von der Europäischen Kommission verfolgten Marktliberalisierung ab, durch den der im Vertrag von Lissabon vom Dezember 2009 eröffnete »weite Ermessensspielraum« der nationalen, regionalen und lokalen Akteure in der Organisation ihrer öffentlichen Dienstleistungen wieder eingeschnürt werden könnte. Legte

---

<sup>16</sup> So zog die Marseille ihre 2009 unter sozialistischer Führung getroffene Entscheidung, die Wasserversorgung wieder in eigene Regie zu übernehmen, angesichts des Protestes der bei Veolia Beschäftigten, das Vorhaben wieder zurück. (vgl. Hall u.a. 2012).

<sup>17</sup> [http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2012/griechenland\\_troika\\_will\\_wasserprivatisierung.htm](http://www.wasser-in-buergerhand.de/nachrichten/2012/griechenland_troika_will_wasserprivatisierung.htm)

doch die Europäische Kommission Ende 2012 eine EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionsverträgen vor, die der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments am 25. Januar 2013 und das Plenum des Europäischen Parlaments am 10. Februar 2013 gebilligt hat und die in nationales Recht nunmehr umzusetzen die Mitgliedsstaaten gehalten sind. Von dieser Richtlinie, die in Deutschland auf eine breite (die kommunalen Spitzenverbände, den Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), aber auch DGB und BDI – sic! – einschließende) Front der Ablehnung gestoßen ist, befürchten Kritiker, dass kraft der EU-weiten Ausschreibung der die einzelnen Dienstleistungen betreffenden Konzessionen den international operierenden Dienstleistungskonzernen der Zugang zu den lokalen Versorgungsmärkten vollends geebnet wird und die an den lokalen Bedürfnissen orientierten Unternehmen, in Deutschland vorab die Stadtwerke, vor allem dadurch verdrängt werden, dass die internationalen Konkurrenten Niedriglohn-Verträge durchsetzen (Kritiker sprechen insoweit geradezu von »Lohndumping« oder gar einer »Lizenz zum Plündern«)<sup>18</sup>. Zwar hat die EU-Kommission angesichts der verbreiteten Kritik und wohl vor allem in Reaktion auf die (bereits erwähnte)<sup>19</sup> erste Europäische Bürgerinitiative *Wasser ist ein Menschenrecht*, die sich gegen die Privatisierung des Wassersektors wandte, eingelenkt<sup>20</sup> und ist der Wassersektor in der am 25. Juni 2013 neugefassten Konzessionsrichtlinie ausdrücklich von der Ausschreibungspflicht ausgenommen worden. Jedoch dürfte die neue Konzessionsrichtlinie in den anderen Dienstleistungsfeldern den Privatisierungsdruck sehr wohl erhöhen.

## 7. Ausblick

Insgesamt bietet die öffentliche (staatliche wie kommunale) Trägerschaft von öffentlichen Dienstleistungen sowie von sozio-ökonomisch relevanten Projekten ein ambivalentes und widersprüchliches Bild.

Auf der einen Seite zeigt sich, wie dieser Aufsatz zu belegen trachtet, dass im Feld der Daseinsvorsorge die Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen ein *comeback*, auch und gerade durch »Rekommunalisierung«, als Dienstleister für die »örtliche Gemeinschaft« vollziehen. Indessen stehen die Kommunen in den südeuropäischen Ländern derzeit

---

<sup>18</sup> <http://www.heise.de/tp/artikel/38/38427/1.html>

<sup>19</sup> Siehe oben Fußnote 11.

<sup>20</sup> Siehe »Wasserversorgung: Jubel über EU-Schwenk bei Konzessionsrichtlinie«, <http://derstandard.at/1371170309523/Jubel-ueber-Ankuendigung-Wasser-von-EU-Richtlinie-auszunehmen>

gegenläufig unter dem Druck, kommunales Vermögen zum Schuldenabbau zu veräußern, also zu privatisieren.

Auf der anderen Seite zeichnet sich in allen europäischen Ländern, auch in denen des Nordens, jenseits und außerhalb des engeren Sektors der Daseinsvorsorge die Tendenz ab, dass sich die öffentliche Hand, also der Staat ebenso wie die Kommunen, der Organisationsform der Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP oder Public-Private Partnership, PPP), also der unterschiedlichen Varianten einer vertraglichen Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privatrechtlich organisierten Unternehmen zwecks Erfüllung öffentlicher Aufgaben bedienen (vgl. etwa Gerstlberger/Schneider 2008) und damit anstelle einer eigenen Trägerschaft eine besondere Form der funktionalen Privatisierung begründen. Auch wenn sich inzwischen die kritischen Einschätzungen, nicht zuletzt durch die Rechnungshöfe, mehren, wonach die Konstruktion von ÖPP/PPP zwar die Öffentliche Hand von der kurzfristigen Finanzierung der betreffenden Projekte entlastet, sie jedoch langfristig teurer zu stehen kommt als die unmittelbar eigene Durchführung und Finanzierung (für eine Übersicht von kritischen Voten von Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfen vgl. etwa Schutte 2011), findet ÖPP/PPP weiterhin (und in noch wachsendem Umfang) Anwendung, etwa für den Neubau von Autobahnstrecken.<sup>21</sup> Damit gewinnt ÖPP/PPP als eine Art funktioneller Privatisierung öffentlicher Aufgaben, insbesondere in der Gestalt von Großprojekten, gegenüber der »Eigenproduktion« der Öffentlichen Hand zunehmendes Gewicht.

Schließlich sei daran erinnert, dass in Deutschland in der letzten Zeit eine Reihe von öffentlichen Trägern und Akteuren geplanter und durchgeführter Großprojekte (man denke an den neuen Groß-Flughafen Berlin-Brandenburg, an den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs – *Stuttgart 21* – oder an den eines Konzerthauses in Hamburg – *Elbphilharmonie*) in enormen Schwierigkeiten stecken (Planungsspannen, Verzögerungen, Kostenexplosion usw.) und geeignet sind, die Fähigkeit der öffentliche Hand als Träger von Infrastrukturprojekten zu agieren, nachhaltig zu diskreditieren.

---

<sup>21</sup> Kritisch vgl. Financial Times Deutschland vom 16.09.2009: »Zweifelhafte Partnerschaften: Ausverkauf der Autobahnen«, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:zweifelhafte-partnerschaften-ausverkauf-der-autobahnen/50011133.html>

## Literatur

- AEA (2011), UK renewable energy map and league table launched, 17.03.2011, <http://www.aeat.com/cms/assets/MediaRelease/2011-press-releases/Microgeneration-Index-Press-Release-11th-March-2011.pdf>.
- AEEG (Autorità per l'Energia Elettrica ed il Gas, 2001), Annual Report on State of Services.
- Allemand, Rosalyn 2007, Les distributeurs non-nationalisés d'électricité face à l'ouverture de la concurrence, in : Annuaire 2007 des Collectivités Locales, CNRS. Paris, pp. 31-42
- APSE (Association for Public Service Excellence, 2011), UNISON insourcing update. The value of returning local authority services in-house in an era of budget constraints, <http://www.unison.org.uk/acrobat/20122.pdf>.
- Bauer, Hartmut. (2012), Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung, in: Bauer, Hartmut./Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia (Hg.), *Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge*, Potsdam, S. 11–31.
- Beckmann, Jens 2008, Die Entkernung des Service Public in Frankreich, in : Bieling, Hans-Jürgen, Deckwirth, Christina/ Schmalz, Stephan (Hrsg.), *Liberalisierung und Privatisierung in Europa*, Verlag Westfälisches Dampfboot, pp. 125-151
- Bel, Germà./Warner Mildred, (2008), Does privatization of solid waste and water services reduce costs? A review of empirical studies, *Resources, Conservation and Recycling*, Jg. 52, H. 12, S. 1337–1348.
- Bieling, Hans-Jürgen./Deckwirth, Christina. (2008), Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union, in : Bieling, Hans-Jürgen/ Deckwirth, Christina/ Schmalz, Stephan (Hrsg.), *Liberalisierung und Privatisierung in Europa*, Verlag Westfälisches Dampfboot, pp. 125-151
- Bolay, Sebastian. (2009), *Einführung von Energiemanagement und erneuerbaren Energien. Untersuchung von Erfolgsfaktoren in deutschen Kommunen*, Diss. Uni Potsdam
- Bordonneau, Marie-Agnès/ Canneva, Guillem./Orange, Gérard/Gambier, Dominique. (2010), Le changement de mode de gestion des services d'eau, in: *Droit et Gestion des Collectivités Territoriales*, Annuaire 2010, Editions le Moniteur, Paris, S. 131–147.
- Citroni, Giulio. (2010), Neither state nor market: municipalities, corporations and municipal corporatization in water services: Germany, France and Italy compared, in: Wollmann, Hellmut/ Marcou, Gérard. (Hg.), *The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market*, Cheltenham, Northampton, S. 191–216.
- Clifton, Judith./Lanthier, Pierre./Schröter, Harm. (2011), Regulating and deregulating the public utilities 1830-2010, *Business History*, Jg. 53, H. 5, S. 659–672.

Denkwirth, Christina. (2008), Der Erfolg der Global Player: Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Deckwirth, Christina/Schmalz, Stephan (Hg.), *Liberalisierung und Privatisierung in Europa*, S. 64–95.

Drews, Kathrin (2008), Großbritannien: »TINA« oder Paradigma einer gescheiterten Reorganisation?, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Deckwirth, Christina/Schmalz, Stephan (Hg.), *Liberalisierung und Privatisierung in Europa*, S. 34–63.

Dreyfus, Magali./ Töller, Annette./Iannello, Carlo./McEldowney, John. (2010), Comparative study of a local service: waste management in France, Germany, Italy and the U.K., in: Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard. (Hg.), *The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market*, Cheltenham, Northampton, S. 146–166.

Edeling, Thomas./Reichard, Christoph/Richter, Peter / Brandt, Steven (2004): *Kommunale Betriebe in Deutschland: Ergebnisse einer empirischen Analyse der Beteiligungen deutscher Städte*, Köln: KGSt-Materialien 2/2004.

Estache, Antonia./Perelman, Sergio./Trujillo, Lourdes. (2005), Infrastructure performance and reform in developing and transition economies: evidence from a survey of productivity measures, World Bank Policy Research Working Paper 3514, February 2005, 29.07.2013, [http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2005/03/06/000090341\\_20050306101429/Rendered/PDF/wps3514.pdf](http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2005/03/06/000090341_20050306101429/Rendered/PDF/wps3514.pdf).

Fudge, S./Peters, M./Wade, J. (2012), Locating the agency and influence of local authorities in UK energy governance, 29.07.2012, [http://www.surrey.ac.uk/ces/files/pdf/01-12\\_Paper\\_Fudge\\_Peters\\_Wade.pdf](http://www.surrey.ac.uk/ces/files/pdf/01-12_Paper_Fudge_Peters_Wade.pdf).

Gerstlberger, Wolfgang./Schneider, Karsten. (2008), *Öffentlich-private Partnerschaften. Zwischenbilanz*, Berlin.

Grossi, Giuseppe./Marcou, Gérard/Reichard, Christoph. (2010): Comparative aspects of institutional variants for local public service provision, in: Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard., *The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market*, Cheltenham, Northampton, S. 217–239.

Hall, David./Lobina, Emanuele. (2001): *Private to Public: International lessons of water remunicipalisation in Grenoble, France*. Conference Paper AWRA Dundee 2001.16.

Hall, David ./Lobina, Emanuele. (2001a), *UK – water privatisation – a briefing*, London: PSIRU (Public Services International Research Unit) report.

Hall, David./Lobina, Emanuele. (2001b), *Private to Public: International lessons of water remunicipalisation in Grenoble, France* (PIRSU – Public Services International Research Unit, [www.psiru.org](http://www.psiru.org)).

Hall, David./Lobina, Emanuele./Terhorst, Peter (2012), *Remunicipalization in Europe*, unpublished paper presented to IPSA World Congress.



- Reichard, Christoph./Röber Manfred. (2012, *Remunicipalization in Germany – Trends and interpretations*, unpubl. Ms.
- Röber, Manfred. (2009), Privatisierung oder Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen im Lichte des Public Managements, *Verwaltung und Management*, Jg. 15, H. 5, S. 227–240.
- Röber, Manfred. (2012): Rekommunalisierung lokaler Ver- und Entsorgung. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven, in: Bauer, Hartmut./Büchner, Christiane./Hajasch, Lydia. (Hg.): *Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge*, Potsdam, S. 81–98.
- Schäfer, Roland. (2008), Privat vor Staat hat ausgedient. Rekommunalisierung: Modetrend oder neues Politikphänomen?, *Öffentliche Finanzen*, Sonderbeilage, 19.6.2008, S. 3.
- Scott, Faye. (2011), Is localism delivering for climate change? Emerging responses from local authorities, local enterprise partnerships and neighborhood plans. Executive summary, 29.07.2013, <http://www.green-alliance.org.uk/uploadedFiles/Is%20localism%20delivering%20for%20climate%20change%20executive%20summary%20-%20FINAL.pdf>.
- Schutte, Jürgen 2011, PPP im Visier der Rechnungshöfe, <http://www.gemeingut.org/2011/12/ppp-im-visier-der-rechnungshofe/>
- Seckelmann, Margit (2008), Die historische Entwicklung kommunaler Aufgaben, *Der moderne Staat*, Jg. 1, S. 267–284.
- Ude, Christian. (2006), Stadtwerke – Eckpfeiler kommunaler Selbstverwaltung, *Der Städtetag*, H. 3, S. 21–25.
- Varin, Katherine. (2010), Le service public de l'eau en France, 29.07.2013, <http://www.globenet.org/aitec/chantiers/sp/eau/SPeauFrance.html>.
- Verbücheln, Marc (2009): *Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft*, Berlin (Difu-Paper).
- VKU 2010, Kompakt 2010, Kommunale Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen in Zahlen, 29.07.2013, <http://www.vku.de/presse/publikationen/kompakt-2010.html>
- Von Saldern, Adelheid (1999), Rückblicke. Zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, in: Wollmann, H./Roth R. (Hg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, Wiesbaden, S. 23–36.
- Wessel, Horst. A. (1995), Die Versorgung von Kommunen mit Wasser, Gas und elektrischer Energie von etwa 1850 bis 1914, in: Wysocki, J. (Hg.), *Kommunalisierung im Spannungsfeld von Regulierung und Deregulierung im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin, S. 49–89.
- Wollmann, Hellmut. (2002), Die traditionelle deutsche kommunale Selbstverwaltung – ein Auslaufmodell?, *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Jg. 2, H. 1, S. 24–51.

Wollmann, Hellmut. (2008), *Reformen in Kommunalpolitik und -verwaltung England, Schweden, Frankreich und Deutschland im Vergleich*, Wiesbaden.

Wollmann, Hellmut. (2011), Provision of Public Services in European countries: from public/municipal to private and reverse?, *Comparative & Croatian Public Administration*, Jg. 11, H. 4, S. 898–911, 29.07.2013, [http://en.iju.hr/ccpa/ccpa/downloads\\_files/001-Wollmann.pdf](http://en.iju.hr/ccpa/ccpa/downloads_files/001-Wollmann.pdf).

Wollmann, H. (2013), Rekommunalisierung in europäischen Nachbarländern in: Matecki, Claus./Schulten, Thorsten. (Hg.), *Zurück zur öffentlichen Hand? Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen*, Hamburg, S. 37-47

Wollmann, Hellmut./Baldersheim, Harald./Citroni, Giulio./Marcou, Gérard./McEldowney, John. (2010), From public service to commodity: the demunicipalization (or remunicipalization?) of energy provision in Germany, Italy, France, the UK and Norway, in: Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard. (Hg.), *The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market*, Cheltenham, Northampton, S.168–190.

Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard. (Hg.) (2010a), *The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market*, Cheltenham, Northampton.

Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard. (2010b), Introduction, in: Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard. (Hg.) 2010a, *The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market*, Cheltenham, Northampton, S. 1–14.

Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard. (2010c), From public sector – based to privatized service provision. Is the pendulum swinging back again? Comparative summary, in: Wollmann, Hellmut./Marcou, Gérard. (Hg.), *The Provision of Public Services in Europe. Between State, Local Government and Market*, Cheltenham, Northampton, S. 240–260.

World Bank 2004, International Monetary Fund Public-Private Partnerships March 12, 2004, <http://www.imf.org/external/np/fad/2004/pifp/eng/031204.htm>.